



Nachdem am Vormittag u.a. Frau Prof. Dr. Tanja Thomas, Professorin für Medienwissenschaften mit dem Schwerpunkt Transformationen der Medienkultur an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, einen Vortrag zum Thema „*Rechtspopulismus als Antifeminismus in medialen Öffentlichkeiten*“ hielt, war es Ziel, die Themen des Vortrages im Rahmen des Workshops vertieft zu diskutieren. Frau Prof. Thomas erläuterte in ihrem Vortrag den Zusammenhang von Medien und Rechtspopulismus und beleuchtete Positionen, die in verschiedenen medialen Öffentlichkeiten, wie etwa der Presse, Blogs und Foren, zu beobachten seien. Dabei erklärte sie, dass Rechtspopulismus als Antifeminismus zwar kein neues Phänomen sei, aber rechtspopulistische Akteure neue mediale Verbreitungs- und Vernetzungsarten gefunden hätten.

Nach einem kurzen Begrüßungswort erläuterte der Moderator den Verlauf des restlichen Tages: Neben dem inhaltlichen Einstieg und den Begriffsklärungen soll der Fokus des Workshops darauf liegen, über den Leitbildprozess Mannheim 2030 zu diskutieren und eine Frage für die abschließende Podiumsdiskussion „*Gleichstellungs- und Familienpolitik -Ziele der Parteien*“ zu entwickeln.

Nach der Einführung des Moderators eröffnete Frau Prof. Thomas die Diskussionsrunde mit der Frage, wie die Eindrücke vom Morgen seien und ob es offene Fragen gäbe. Daraufhin kam die Frage von einer Teilnehmerin auf, ob die populistischen Parteien in Deutschland eine feste Strategie entwickelt hätten, um ihre Medienpräsenz nicht zu verlieren und inwiefern Journalisten diesbezüglich etwas an ihrer Berichterstattung ändern könnten. Frau Prof. Thomas erklärte, dass Personalisierung, Emotionalisierung und Provokation ein fester Bestandteil des Stiles der populistischen Parteien ist. Genau an diesem Punkt müssten Journalisten sich fragen, ob sie darauf eingehen oder nicht. Doch das Problem dabei sei, dass sich Selektionskriterien im Journalismus von dominanten Diskursen leiten ließen.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt drehte sich um das Thema „Rechtspopulismus als Krisenphänomen“. Laut Frau Prof. Thomas gehe das Phänomen auf die Abstiegsangst der Unter- und Mittelschicht zurück, auf die die Rechtspopulisten vermeintlich Antworten geben könnten und daher so wirkungsmächtig seien. Es sei wichtig, sich das vor Augen zu führen. Des Weiteren appellierte sie, dass empirische Forschungen die Grundlage von vielen Journalisten sein sollten, um Fakten und Realitäten darstellen zu können.

Nach den Fragen zum Thema und Grundverständnis zu den Begrifflichkeiten wurde die Brücke zum Genderaspekt des Themas geschlagen. Im Mittelpunkt stand dabei die Wirksamkeit von Populismus auf Feminismus. Eine Teilnehmerin des Workshops sprach von einem soziologischen Befund, dass jeder Mensch Vorurteile in sich trage, weshalb eine Aufklärung über bestehende Vorurteile wichtig sei, um rechtspopulistischen Berichterstattungen entgegenzuwirken. Eine weitere Teilnehmerin machte auf das Problem der formalisierten Sprache aufmerksam, die oftmals zur Berichterstattung über Frauen gewählt wird und auf diese Weise Frauenpolitik als Sonderproblem darstellt. Daraufhin lenkte der Moderator die Diskussion auf die Frage, ob sich die Teilnehmer\*innen selbst als Feminist\*innen bezeichnen würden.

Die Antworten auf diese Frage fielen sehr unterschiedlich aus. Die meisten Schüler\*innen würden sich selbst nicht als Feministinnen bezeichnen, weil der Begriff entweder negativ konnotiert sei oder sie sich nicht mit dem Begriff identifizieren könnten. Ein Schüler sagte jedoch, dass er sich den Begriff aneignen würde, wenn er Werte und Ansichten darüber

verdeutlicht. Dennoch bestehe die Schwierigkeit, ein Identitätsgefühl damit zu schaffen. Doch im Grund gehe es darum, Position für eine gerechtere Welt zu beziehen, in der Menschen Entscheidungsmöglichkeiten haben. Auch Frau Prof. Thomas appellierte im Rahmen der Diskussion, den Begriff „Feminismus“ zurückzuerobern und ihn positiv zu bewerten.

Nach einer 15-minütigen Pause beschäftigte sich der Workshop mit dem Leitbildprozess Mannheim 2030. Die Teilnehmer\*innen sollten Überlegungen anstellen, was man persönlich unternehmen könnte, um populistischem Gedankengut entgegenzuwirken. Dies könne in Form eines Wunsches geäußert werden oder auch als konkrete Ideen. Die Ergebnisse wurden von den Teilnehmer\*innen auf bunten Karteikarten festgehalten und an der Tafel gesammelt.

Folgende Ideen wurden festgehalten:

- „Mehr Zivilcourage“
- „Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Redaktionen!“
- „Ich kann mich allgemein besser über alle Parteien informieren/egal ob ich die Partei mag oder nicht“
- „Versuchen, sich umfassend zu informieren“
- „Mehr Offenheit und Dialog“
- „Mehr Abstimmung auf kommunaler Ebene“
- „Respektvoller, höflicher Umgang untereinander“
- „Nicht profitorientierte Medien aufbauen“
- „Betriebe selbst besitzen und organisieren“
- „Tiefere Verwurzelung der Mannheimer Erklärung“
- „Projekte für Zusammenhalt (Woche zum Austausch von Mitmenschen)“
- „Sich von Medien nicht beherrschen lassen!“
- „Keine Isolierung von Ethnien in bestimmten Stadtteilen!“
- „Mehr Nachhaltigkeit“
- „Für 10 Jahre alle leitenden Positionen (Medien) mit Frauen besetzen. Tut sich was?“
- „Was kann ich tun? Gewerkschaftlich, politisch engagieren“
- „Sich politisch an der Gesellschaft beteiligen“
- „Die AfD zur heutigen Podiumsdiskussion nicht einladen. Sie ist nicht im Bundestag und nicht im Gemeinderat“

Beim Vorlesen der Karteikarten fiel dem Moderator auf, dass der Integrations- und Zusammengehörigkeitsgedanke überwiegend im Vordergrund steht. Im Anschluss daran wurde von den Workshopteilnehmerinnen und Workshopteilnehmern eine Frage für die bevorstehende Podiumsdiskussion entwickelt.

Die Frage lautete: *„Heute morgen hat Donald Trump in einem ‚Tweet‘ gezeigt, was er von freier, kritischer Berichterstattung hält: Er schlägt symbolisch einen Journalisten. Was halten sie von einem solchen Umgang mit kritischer Berichterstattung? Wieweit dürfen sich Politiker\*innen gegenüber einer Berichterstattung wehren?“*

Der Workshop endete mit Ausformulierung der Frage.